

“Wir können so nicht weitermachen“

Im Frühjahr 2009 werden wir voraussichtlich über die Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung abstimmen. Damit soll ein Leistungsabbau verhindert werden. Weil diese Finanzierung mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer einhergeht, wird es im Vorfeld der Abstimmung viel Überzeugungsarbeit brauchen. Eine Standortbestimmung mit einer Verfechterin der Vorlage: Thérèse Meyer, ehemaliges Mitglied des insieme-Zentralvorstands und CVP-Nationalrätin.

Aufgezeichnet von France Santi / Übersetzung: Tanja Aebli
Fotos: Céline Meyer

Sie sprechen sich für die Zusatzfinanzierung aus. Weshalb ist es wichtig, dass sie in Kraft tritt?

Weil es nicht möglich ist, weiterzumachen wie bisher. Seit mehreren Jahren weist die IV Jahr für Jahr ein erhebliches Defizit auf. Derzeit bewegt es sich bei 1,5 Milliarden Franken. Diese Schulden haben sich kumuliert und befinden sich heute im Bereich von zehn Milliarden Franken. Und weil diese Summe von der AHV ausgeliehen ist, höhlen die IV-Schulden quasi den AHV-Fonds aus und gefährden die Renten von vielen Leuten in der Schweiz. Es wäre verantwortungslos, auf dieser Schiene weiterzufahren. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist unerlässlich, um die Jahresrechnung der IV wieder ins Lot zu bringen.

Sind die IV-Leistungen in Gefahr, wenn die Zusatzfinanzierung nicht angenommen wird?

Wenn das Volk die Vorlage nicht annimmt, wird man leider bei den Leistungen nochmals kürzen müssen.

Gibt es keine anderen Lösungen?

Wir haben bereits mit der 5. IV-Revision einem vernünftigen und sorgfältigen Umgang mit den Leistungen Rechnung getragen. Es wurden Möglichkeiten geschaffen, um Personen länger in der Arbeitswelt zu behalten oder ihnen bei der Wiedereingliederung zu helfen. Zudem wurden Früherfassungsmethoden erarbeitet und Parameter bei der Pflege besser an die Bedürfnisse angepasst. Damit soll ein Giesskannensystem vermieden werden, das viel kostet ohne viel zu bewirken. Aber selbst wenn es noch zu früh ist, um die Auswirkungen dieser Neuerungen zu sehen, ist klar, dass ohne Zusatzfinanzierung neue Sparrunden notwendig wären. Meiner Meinung nach müssen alle Leute, die nicht oder nicht mehr arbeiten können, sei dies aus psychischen, physischen oder angeborenen Gründen, adäquate Leistungen erhalten.

Abstimmungen über Steuererhöhungen sind nie einfach. Das



“Es ist klar, dass ohne Zusatzfinanzierung neue Sparrunden notwendig wären.“

Risiko, vom Volk eine Abfuhr zu erhalten, ist relativ gross...

Das stimmt. Es ist schwierig, den Leuten und vor allem Familien zu erklären, dass man eine Steuer erhöhen will, die alle Güter betrifft, auch solche des täglichen Bedarfs. Deshalb habe ich eine Staffelung dieser Erhöhung vorgeschlagen. In der zur Abstimmung gelangenden Vorlage werden Güter des täglichen Bedarfs nur um 0,1% erhöht. Das macht im Budget eines Haushalts nicht so viel aus. Zwar werden viele Produkte um 0,4% des Satzes erhöht, aber ich bin überzeugt, dass dies verkraftbar ist. Schliesslich kauft man nicht jeden Tag Dinge wie ein Haushaltgerät. Ich denke, diese Staffelung hilft, die Volksabstimmung zu gewinnen.

Es wird dennoch eine grosse Mobilisierung brauchen. Rechnen Sie damit, dass sich Behindertenorganisationen engagieren?

Darauf hoffe ich. Diese Organisationen standen der Idee einer Zusatzfinanzierung immer offen gegenüber, weil bei einem Scheitern dieser Vorlage die Konsequenzen für ihre Mitglieder schwerwiegend wären.

Welche Rolle spielen Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen bei dieser Mobilisierung?

Es wäre gut, wenn einige Leute darlegen würden, dass sie ohne IV-Leistungen nicht leben können. Das ist in diesem Land wichtig, weil eine Partei glaubhaft machen will, dass ein grosser Teil der IV-Bezüger Profiteure sind. Tatsache ist: Es gibt angeborene Krankheiten, physische Handicaps und Unfälle und damit Leute, die auf IV-Beiträge angewiesen sind. Hier gilt es, die Nägel einzuschlagen.

Bei dieser Vorlage ist mit einer gewissen Unterstützung der Linken zu rechnen. Wie sieht es bei den bürgerlichen Parteien aus?

Innerhalb meiner Partei, der CVP, gibt es eine starke Unterstützung. Seitens der SVP ist sie begrenzt. Dort herrscht eher die Meinung, dass anstelle der Zusatzfinanzierung die Leistungen zu drosseln seien. Aber ich glaube trotzdem, dass es insgesamt bei den bürgerlichen Parteien eine breite Unterstützung für das Projekt gibt.